

16.09.92

U - VP

Antrag

des Landes Nordrhein-Westfalen

Entschließung des Bundesrates zur Novellierung der "Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen" (LandeplatzVO) vom 16. August 1976 (BGBl. I S. 2216)

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Düsseldorf, den 15. September 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates

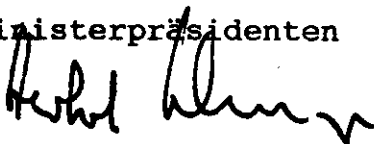
Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, dem Bundesrat den als Anlage beigefügten Antrag einer

Entschließung des Bundesrates zur Novellierung der
"Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flug-
betriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an
Landeplätzen" (LandeplatzVO) vom 16. August 1976
(BGBl. I S. 2216)

zuzuleiten.

Ich bitte, den Antrag gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Der Stellvertreter des
Ministerpräsidenten



(Dr. Schnoor)

A n l a g e

Entschließung des Bundesrates

zur

Novellierung der "Verordnung über die zeitliche Ein-
schränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und
Motorseglern an Landeplätzen" (LandeplatzVO)
vom 16. August 1976 (BGBl. I S. 2216)

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die "Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen" mit dem Ziel eines besseren Schutzes der Landeplatzanwohner vor Fluglärm zu novellieren. Eckwerte dieser Novellierung sollten sein:

- Einbeziehung auch der Propellerflugzeuge mit einem Höchstgewicht zwischen 2,0 t und 5,7 t,
- Einbeziehung aller gewerblichen Starts und Landungen mit Flugzeugen bis zu einem Höchstgewicht von 5,7 t,
- Festsetzung einer Mindestflugzeit von 20 Minuten für Platzrundenflüge,
- Ausdehnung der Sperrzeiten auf den Samstagnachmittag, ausgenommen Flugzeugschleppstarts für den Segelflugbetrieb.

Begründung:

Die Luftfahrtbehörden der Länder haben zwar das Recht, gemäß § 2 Abs. 2 LandeplatzVO die Einschränkungen nach § 1 a.a.O. am einzelnen Landeplatz zu verschärfen, dies ist aber nur unter Beachtung der in § 6 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) genannten Voraussetzungen möglich. Die Anwendung dieser Vorschrift setzt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung voraus; die objektive Unzumutbarkeit der Fluglärmbelastung muß deshalb überprüft und gerichtsfest nachgewiesen werden. Das erfordert in jedem Einzelfall eine gutachtliche Messung des Fluglärms und eine Bewertung der Meßergebnisse. Dabei ist zu bedenken, daß weder der Gesetzgeber noch die höchstrichterliche Rechtsprechung bisher Grenzwerte für die Unzumutbarkeit des Fluglärms an Landeplätzen vorgegeben haben.

Maßgebend für die beiden erstgenannten zusätzlichen Einschränkungen ist die Überlegung, daß im Hinblick auf das Ziel Lärminderung keine unterschiedliche Wertigkeit darin gesehen werden kann, ob Platzrunden- und Schulflüge nichtgewerblich oder gewerblich durchgeführt werden oder ob es sich um Propellerflugzeuge unter 2,0 t oder über 2,0 t Höchstgewicht handelt.

Die Mindestflugzeit dient dazu, über die reinen Platzrundenflüge hinaus auch die Überlandflüge, die nicht über die Umgebung des Startflugplatzes hinausführen (sog. "Lokalflüge"), in die Beschränkungen einzubeziehen; hinzu kommt, daß mit der Festlegung einer Mindestflugzeit eine eindeutige Kontrollierbarkeit dieser Beschränkung gewährleistet ist.

Die Ausdehnung der Sperrzeit auf den Samstagnachmittag entspricht Forderungen der betroffenen Anwohner von Landeplätzen, die an Samstagnachmittagen Lärm nur in beschränktem Umfang hinnehmen wollen. Lärmarmer Flugsport soll aber insbesondere für Berufstätige auch an Samstagnachmittagen weiterhin möglich sein, weshalb Flugzeugschleppstarts für den Segelflugausbetrieb von der Ausdehnung der Sperrzeit ausgenommen bleiben sollen.

06.11.92

Beschluß

des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zur Novellierung der Verordnung
ber die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leicht-
flugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen vom 16. August 1976
(BGB1. I S. 2216)

Der Bundesrat hat in seiner 648. Sitzung am 6. November 1992
die nachstehende Entschließung angenommen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verordnung über die
zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen
und Motorseglern an Landeplätzen mit dem Ziel eines besseren
Schutzes der Landeplatzanwohner vor Fluglärm zu novellieren.
Eckwerte dieser Novellierung sollten sein:

- Einbeziehung aller motorbetriebenen Luftfahrzeuge bis zum Höchst-
gewicht von 5,7 t,
- Einbeziehung aller gewerblichen Starts und Landungen mit Flug-
zeugen bis zu einem Höchstgewicht von 5,7 t für Platzrunden-
und Schulflüge,
- in der Beschrnkungszeit dürfen nur Überlandflüge durchgeführt
werden, bei denen das Luftfahrzeug mindestens 60 Minuten vom
Flugplatz abwesend ist,

...

- Ausdehnung der Sperrzeiten auf den Samstagnachmittag, ausgenommen Flugzeugschleppstarts für den Segelflugbetrieb.

Die Bundesregierung wird gebeten, dem Bundesrat innerhalb von sechs Monaten eine entsprechende Novellierung der Verordnung zuzuleiten.

Begründung:

Die Luftfahrtbehörden der Länder haben zwar das Recht, gemäß § 2 Abs. 2 Landeplatz-Verordnung die Einschränkungen nach § 1 a.a.O. am einzelnen Landeplatz zu verschärfen, dies ist aber nur unter Beachtung der in § 6 Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes genannten Voraussetzungen möglich. Die Anwendung dieser Vorschrift setzt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung voraus; die objektive Unzumutbarkeit der Fluglärmbelastung muß deshalb überprüft und gerichtsfest nachgewiesen werden. Das erfordert in jedem Einzelfall eine gutachtliche Messung des Fluglärms und eine Bewertung der Meßergebnisse. Dabei ist zu bedenken, daß weder der Gesetzgeber noch die höchstrichterliche Rechtsprechung bisher Grenzwerte für die Unzumutbarkeit des Fluglärms an Landeplätzen vorgegeben haben.

Maßgebend für die beiden erstgenannten zusätzlichen Einschränkungen ist die Überlegung, daß im Hinblick auf das Ziel Lärmminde- rung keine unterschiedliche Wertigkeit darin gesehen werden kann, ob Platzrunden- und Schulflüge nichtgewerblich oder gewerblich durchgeführt werden.

Die Mindestflugzeit dient dazu, über die reinen Platzrundenflüge hinaus auch Überlandflüge, bei denen das Luftfahrzeug nicht mindestens 60 Minuten vom Flugplatz abwesend ist, in die Beschränkungen einzubeziehen; hinzu kommt, daß mit der Festlegung einer Mindest- flugzeit eine eindeutige Kontrollierbarkeit dieser Beschränkung gewährleistet ist.

Die Ausdehnung der Sperrzeit auf den Samstagnachmittag entspricht Forderungen der betroffenen Anwohner von Landeplätzen, die an Samstagnachmittagen Lärm nur in beschränktem Umfang hinnehmen wollen. Lärmarmer Flugsport soll aber insbesondere für Berufstätige auch an Samstagnachmittagen weiterhin möglich sein, weshalb Flugzeugschleppstarts für den Segelflugbetrieb von der Ausdehnung der Sperrzeit ausgenommen bleiben sollen.

Die Verordnung wurde 1976 erlassen und seitdem nicht geändert. Mit dem starken Wachstum der Flugbewegungen auf den Verkehrslandeplätzen hat sich die Lärmsituation erheblich verschärft; es besteht daher dringender Handlungsbedarf.